



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes

Internationale OBS-Konferenz

Pilsen

15. April 2010

Inhalt:

I. Aktuelle Lage der Weltwirtschaft

II .Regulation der Finanzmärkte und neuer Entwicklungspfad

III. Europapolitische Forderungen der Gewerkschaften

**„Die Weltwirtschaft nach der Wirtschaftskrise – Gewerkschaftliche
Positionen und Forderungen“**

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Aktuelle Lage der Weltwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

(ggf. namentliche Begrüßung von Regierungsvertretern u.a.)

liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus Gründen der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit muss ich gleich zu Beginn den angekündigten Titel meines Referats relativieren.

„Die Weltwirtschaft nach der Wirtschaftskrise“ zu beschreiben, setzt prophetische Gaben oder eine Kristallkugel voraus. Ich habe solche Gaben nicht.

Ich will aber festhalten: Weder die Weltwirtschafts- noch die schwere Finanzmarktkrise sind überwunden. Wir sind immer noch mitten drin.

Wie die Weltwirtschaft nach der großen Krise aussehen wird, hängt entscheidend davon ab, ob und vor allem wie wir aus dieser Krise herauskommen.

Wenn Regierungen und ökonomische Eliten nach der Krise genau so agieren wie vor der Weltwirtschaftskrise, dann würde nur die Basis für neue Krisen gelegt.

Wir brauchen aber eine Antikrisenstrategie, die die Ursachen von Krisen erkennt und schon im Vorfeld gegensteuert.

Wir brauchen einen politischen Katastrophenschutz gegen Marktradikalismus und Neoliberalismus.

Aktuell sind wir in der Europäischen Union mit einem Rückgang der industriellen Produktion um 15 Prozent konfrontiert. Ein solch dramatisches Minus gab es noch nie in der Geschichte der Union.

Zehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, 23 Millionen Menschen sind arbeitslos. Nach den offiziellen Statistiken. Real ist diese Zahl deutlich höher.

Insbesondere die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist in einigen EU-Ländern dramatisch gestiegen.

Auch deshalb können wir nicht von „nach der Wirtschaftskrise“ sprechen.

Der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen bleibt in der Krise die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften.

Diese Auseinandersetzung führen wir auf der betrieblichen, der tarifpolitischen und der politischen Bühne.

Es ist positiv, dass auf dieser internationalen Konferenz der Otto-Brenner-Stiftung in Pilsen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus zahlreichen europäischen Ländern ihre Erfahrungen mit den staatlichen und gewerkschaftlichen Ansätzen zur Bewältigung der Krise austauschen.

Wenn Gewerkschaften voneinander lernen, ist das gut für unsere gemeinsamen Ziele.

Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass die Lage der Weltwirtschaft nach wie vor fragil ist.

Ich möchte bei allen diskutierten Antikrisenstrategien allerdings auf einen zentralen Punkt hinweisen: Wir werden die Weltwirtschaftskrise erst dann nachhaltig überwinden, wenn auch die globale Finanzmarktkrise überwunden ist.

Denn alle tarif- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente versagen, wenn Staaten wegen Überschuldung Bankrott gehen, wenn Banken Unternehmen keine Kredite mehr geben, und wenn die Menschen wegen mangelnder Kaufkraft oder Angst und Verunsicherung keine Waren mehr kaufen.

Wenn ganze Wirtschaftskreisläufe zusammen brechen, kann keine tarifpolitische Maßnahme Arbeitsplatz- und Existenzvernichtung stoppen.

Ich möchte auf einen beunruhigenden Fakt hinweisen: Weltweit schlummern bei den Finanzinstitutionen immer noch faule Kredite und Spekulationsrisiken in Billionenhöhe.

Schon die dreistelligen Milliardenausgaben für die Bewältigung der Krisenfolgen haben die Neuverschuldung der EU-Länder auf durchschnittlich sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts getrieben.

Wir brauchen nicht viel Fantasie, um zu wissen, dass weitere staatliche Finanzspritzen für faule Kredite kaum noch finanzierbar sind.

Es sei denn, man nimmt Staatsbankrotte wie den von Island auch für größere Industriestaaten in Kauf.

Wie muss nun eine Antikrisenstrategie aussehen?

Sozialabbau, Leistungskürzungen und Absenken staatlicher Investitionen können nicht die Antwort sein.

Wer das fordert, um die Maastrichtkriterien einzuhalten, ist ein politischer und ökonomischer Brandbeschleuniger.

Wir brauchen gerade jetzt Stabilisierung und Unterstützung der so genannten Realwirtschaft, den Erhalt industrieller Wertschöpfung und sinnvolle öffentliche Investitionen.

Nur damit können wir die Wirtschaftskrise bekämpfen und Arbeitsplätze und Existenz der Menschen erhalten.

Wer die wachsende Staatsverschuldung bekämpfen will, der soll endlich die Verursacher der Krise für die Finanzierung der Folgekosten zahlen lassen.

Da erwarte ich von den Regierungen mehr, als das, was bisher auf dem Tisch liegt.

II. Regulation der Finanzmärkte und neuer Entwicklungspfad

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Albert Einstein sagte einmal: „Es gibt zwei Dinge, die unendlich sind. Das ist das Universum. Und die Dummheit der Menschen.“

Gegenwärtig spekulieren globale Finanzmarktakteure gegen den Euro und auf den Staatsbankrott Griechenlands.

Es ist eine riesengroße Dummheit und Verantwortungslosigkeit, dass die Regierungen der internationalen Staatengemeinschaft und die Institutionen der Europäischen Union diesem gefährlichen Treiben noch keine Ende gesetzt haben.

Konkret: Dass sie noch keine wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte auf globaler, europäischer und nationaler Ebene vorgenommen haben, um solche gefährlichen Spekulationen zu unterbinden.

Ich sage das bewusst so zugespitzt, weil alle hier im Saal sicher die Abschlusserklärungen der G20-Gipfel kennen.

Gerade hier ist ein Bibelspruch passend: An ihren Taten –nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen.

An Absichtserklärungen fehlt es nicht. Es fehlt an verbindlichen Gesetzen, die die riskanten Spekulationen beenden.

Es fehlt an konkreten Maßnahmen, damit die Akteure und Institutionen auf den Finanzmärkten ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden, nämlich die so genannte Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen und gegen überschaubare Risiken abzusichern.

Es bleibt die Gefahr, dass eine weitere Finanzkatastrophe die Weltwirtschaft in den Abgrund zieht.

Deswegen fordern die Gewerkschaften zur Überwindung der globalen Krise eine wirksame und nachhaltige Reregulierung der internationalen Finanzmärkte.

Die zweite Forderung ist: Ein „Weiter so“ auf dem alten Pfad des Neoliberalismus und Marktradikalismus darf es nicht geben. Wir brauchen einen neuen Entwicklungspfad für Wirtschaft und Gesellschaft.

Nicht mehr das Streben nach Höchstprofit, der Shareholder Value, darf im Mittelpunkt wirtschaftlichen und politischen Handels stehen.

Wir brauchen eine neue Orientierung. Und die möchte ich den „Human Value“ nennen. Die Interessen der Menschen, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, müssen das wirtschaftliche und politische Handeln bestimmen.

Die freie Entwicklung der Persönlichkeit, die Freiheit vor Armut, die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums,

Solidarität der Starken mit den Schwachen, Mitbestimmung und Selbstbestimmung – all das sind Wegweiser für diesen neuen Entwicklungspfad.

Weil ich heute in Pilsen auch als Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes spreche, möchte ich betonen: Es geht hier nicht um einen nationalen Pfad oder nationale Sonderwege.

Die Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit ist eine globale Aufgabe, die die Gewerkschaften solidarisch und gemeinsam bewältigen müssen.

III. Europapolitische Forderungen der Gewerkschaften

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die europäischen Länder im Mark getroffen.

Die Frage, die wir uns als Gewerkschafter und EU-Bürger alle stellen, ist: Hat die europäische Politik aus diesen schweren Krisen gelernt, hat sie die Ursachen analysiert und Konsequenzen gezogen?

Ich bin – offen gesagt – skeptisch.

Die EU-Kommission hat unlängst mit „Europa 2020“ ein Konzept vorgelegt, das die Lissabon-Strategie ablösen soll.

Es würde den Rahmen dieses Referats sprengen, jeden Vorschlag im Detail zu bewerten.

Meine erste Einschätzung ist: Die EU-Kommission hat in nicht ausreichendem Maß die Fehler der Vorkrisenzeit analysiert und die notwendigen Konsequenzen gezogen – insbesondere was die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Regulierung der Finanzmärkte betrifft. Ebenso hat sie die stabilisierende Rolle von Sozialstaat und öffentlicher Daseinsfürsorge als Stabilisator in der Krise nicht in ihre Strategie einbezogen.

Und die zweite Einschätzung ist: Die EU-Kommission ignoriert eine grundsätzliche Herausforderung, mit der die EU konfrontiert ist: Das ist die tiefe Legitimationskrise der Union bei den Menschen in Europa.

Das hat nicht zuletzt die niedrige Beteiligung bei den vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament gezeigt.

Die einseitige Orientierung auf einen einheitlichen Binnenmarkt bei Vernachlässigung des europäischen Sozialraums haben wesentlich zu dieser tiefen Legitimationskrise geführt.

Die EU-Kommission hat aus der sinkenden Zustimmung zum europäischen Einigungsprozess nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Bereits in der Vergangenheit waren insbesondere die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof federführend beim

Angriff auf Arbeitnehmerrechte und soziale Standards in den Mitgliedsstaaten.

Dazu gehörten die Attacken der Kommission auf das VW-Mitbestimmungsgesetz genauso wie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs in den Fällen Viking und Laval. Hier sollten Streikrecht und Tarifautonomie ausgehebelt werden.

Unter dem Deckmantel der Binnenmarktfreiheit wurde die demokratische Autonomie der Mitgliedstaaten missachtet.

Das Modell der Gewerkschaften für ein soziales, für ein solidarisches Europa setzt auf demokratische Regulierung. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik genauso wie in der Industrie-, Struktur- und Umweltpolitik.

Wir wollen gute Arbeit und ein gutes Leben für alle Menschen in der Union in allen Mitgliedstaaten und Regionen.

Unser Ziel ist eine mittel- und langfristige Orientierung von Einkommen, Arbeitsbedingungen und sozialen Rechten an den höchsten Standards.

Wir wollen keinen gnadenlosen Wettbewerb, der ein Absenken auf die untersten Niveaus zum Ziel hat: auf die niedrigsten Löhne, auf die längsten Arbeitszeiten und den schlechtesten Kündigungsschutz.

Wir wollen ein soziales Europa und kein Europa der Spekulanten und Lohndrücker.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ausgangsbedingungen in den Mitgliedstaaten sind unterschiedlich.

Deshalb werden wir die Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen nicht über Nacht erreichen können.

Mit sozialen Mindeststandards können wir Lohn- und Sozialdumping aber Grenzen ziehen.

Wie geht die EU-Kommission mit dieser Herausforderung um?

Ich möchte ein Beispiel nennen: In ihrem Vorschlag „Europa 2020“ nennt die Kommission als Ziel, dass 75 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 bis 64 Jahre Arbeit haben soll.

Auf den ersten Blick ein gutes Ziel, weil Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll.

Auf den zweiten Blick wird es aber fragwürdig, wenn nicht auch die Bedingungen definiert werden, zu denen diese Arbeit geleistet werden soll.

Wir sind in allen Mitgliedsländern der Union mit dem Problem von Lohndumping konfrontiert.

Niedriglohnsektoren, ungesicherte und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse wachsen rapide.

Wir sind der Meinung, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, seien es Franzosen, Polen, Deutsche oder Tschechen ein Recht auf gute Arbeit, auf anständig bezahlte Arbeit, auf Urlaub und Lohnfortzahlung bei Krankheit haben müssen.

Es ist ein Skandal, wenn die wirtschaftliche Notlage beispielsweise von Arbeitern aus Ostpolen in irgendeinem westlichen EU-Mitgliedsland missbraucht wird, um ihnen Einkommen und Sozialleistungen zu verweigern, die für einheimische Arbeiter selbstverständlich sind.

Für uns gibt es keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse.

Deswegen fordern die europäischen Gewerkschaften auch eine Revision der EU-Entsenderichtlinie, die grundlegende Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards garantiert.

Bei der Schaffung eines sozialen Europas geht es nicht nur um den Erhalt von Lohn- und Sozialstandards. Es ist noch essentieller.

Es geht um die Zukunft des politischen Projekts Europa.

Die Europäische Union wird auf Dauer nur dann die Unterstützung der europäischen Völker behalten oder wiedererlangen können, wenn die Union den Menschen in ihrer konkreten Lebenswirklichkeit Freiheit, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt bringt.

Ein Europa als Projekt von politischen und ökonomischen Eliten, ein Europa als Experimentierfeld für Marktradikalismus und Deregulierung ist ein Projekt, das historisch zum Scheitern verurteilt ist.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wirtschafts- und Finanzkrise, das Auseinanderdriften von arm und reich, die soziale Desintegration in der Union – sie alle zeigen eines: Ein „weiter so“ auf dem Weg des Marktradikalismus darf es nicht geben.

Wir brauchen für Europa einen neuen Entwicklungspfad, der demokratisch, der solidarisch und der sozial gerecht ist.

Wir brauchen ein Zukunftsprojekt, für das sich die Menschen begeistern, für das sie sich einsetzen und das unserem gemeinsamen Europa eine gute Perspektive gibt.

Danke schön.